

# Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.  
 Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“ und „Die arbeitende Jugend“) durch die Post bezogen ohne Eingangsgebühr monatlich 1,50, vierteljährlich 4,50; durch die Postporture wöchentlich 30 A. und 50 A. Einmal 5 A. Sonntags-Nummer mit illust. Beilage „Die Neue Welt“ 10 A. Kreuzbandabonnements monatlich 2,70, für das Ausland monatlich 3,50.

Redaktion: **Hamburg 36** Expedition: **Hamburg 36**  
 Friedrichstraße 11, 1. St. Friedrichstraße 11, Erdgeschoss.  
 Verantwortlicher Redakteur: Ernst Köpcke in Hamburg.

Einlegen die sechsgepolte Beilage oder deren Raum 35 A. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienangelegenheiten 20 A. Auslagen-Annahme Beilagen 11, Erdgeschoss (bis 5 Uhr nachmittags), in den Pflöcken (bis 4 Uhr nachm.). Sonst in allen Annoncen-Bureaus. Abg. u. Preisveränderungen ohne Verbindlichkeit. Stellen in reaktionärer Zeit werden wegen großer Not gegen Entgelt aufgenommen. Buchhandlung und Buchdrucker-Kontor: Beilagenstr. 11, Erdgeschoss.

**St. Pauli, ohne Amandstraße, bei Herrn Könen, Annenstr. 17. Einsbüttel, Langensfelde bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. Hohelst, Eppendorf, Groß-Verstel und Winterhude bei Ernst Grötkopf, Melbörsterstr. 8. Barmbeck, Ahlenhorst bei Theodor Petersen, Bachstr. 12. Hohenfelde, Vorfelde, Vamm, Horn, Zehlfeld und Billwärdener bei Carl Oriel, Baustr. 26. Hammerbrook bis Alsterdamm bei Rud. Jürgensen, Süderstraße 18. Notensbüttel und Veddel bei Th. Meiner, Alsterstr. 81. Wilhelmsburg bei Carl G. Diehl, Nevestr. 12, 1. Et. Gildes, Wandsbek, Hirschensfelde und St. Barmbeck bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 118. Ottensen, Bahnenfeld bei Joh. Deime, Bahnenfeldstr. 29.**

**Hierzu drei Beilagen.**

Unsere **Buchhandlung** ist **Sonntag, den 11. Dezember und Sonntag, den 13. Dezember** von morgens 11 1/2 Uhr bis abends 8 Uhr geöffnet.

Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. Beilagenstraße 11.

### Das Umsturzgeschrei.

Eine der schlimmsten Ungerechtigkeiten reaktionärer Staatsgewalt, der ihr dienbaren Organe und der ihr durch Interesse und Anhangung verbundenen Klassen und Parteien war von Alters her, daß sie in der Abwehr notwendiger, gegen ihr Herrschaftssystem und die bestehende Ordnung gerichteter reformatorischer und fortschrittlicher Bestrebungen bemüht waren, ihre Gegner durch falsche Beschuldigungen zu verunglimpfen und dem allgemeinen Gasse preiszugeben. Von dieser Ungerechtigkeit sind seither noch alle großen politischen und sozialen Reform- und Fortschrittsbewegungen betroffen worden; jede hat sich wehren müssen gegen absichtliche oder fälschlich erzeugten Vorurteil entzündene Verdächtigungen, gegen spekulative Lügen und Verleumdungen. Es sei nur daran erinnert, wie die Reaktionsgewalten in der vormärzlichen Zeit und auch später noch den Liberalismus bespöttelten und behandelten als ein „alle Ordnung bedrohendes fürchtbares Ungeheuer“, als „Sammelkasten aller Umsturzelemente“, als Partei des „revolutionären Terrorismus“. In einer seiner ordnungspolitischen Kundgebungen (1834) sagte der leitende Staatsmann Metternich, der durch „Nachgiebigkeit bis zum Uebermaß gefeierte“ Liberalismus habe „allem Bestehenden offen den Krieg erklärt“; er wolle „alles vernichten, was hoch und heilig und für den Bestand von Staat und Gesellschaft notwendig ist“; er feinde jede Autorität an, hege zum inneren Krieg, vergifte den Geist und das Gemüt des Volkes, verführe die Jugend, betöre selbst das reifere Alter, trübe und verfinstere alle öffentlichen und Privatverhältnisse und reize das Volk systematisch zum Mißtrauen gegen seine rechtmäßigen Obrigkeiten auf; er treibe „Mißbrauch mit der Freiheit und dem Recht“ usw. usw. Für alle möglichen schlimmen Erscheinungen im sozialen Leben, Züfter, Verbrechen, gelegentliche Ausschreitungen, Attentate usw. machte man den Liberalismus an, seine Wissenschaft, seine Schule, seine Presse, seine „Schwpropaganda“ verantwortlich.

Genau so ergab es nun schon vier Jahrzehnte hindurch der Sozialdemokratie und der freien gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation, allerdings mit dem Unterschied, daß sie nicht nur mit der Feindschaft der reaktionären Staatsgewalt, sondern auch mit der aller bürgerlichen Parteien und Klassen, die sich zu den kapitalistischen Interessen bekennen, zu rechnen haben. Auch der Liberalismus führte einen Klassenkampf, den des wirtschaftlich und politisch aufstrebenden Bürgertums. Alle Forderungen politischer Freiheit waren ihm unerlässliche Vorbedingungen dafür, der Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems die Wege zu bahnen.

Sozialdemokratie und freie gewerkschaftliche Arbeiterorganisationen sind die zeitlich größten und bedeutendsten

Kulturfortschrittstaktoren, die eine gründliche wirtschaftliche, politische und soziale Um- und Neugestaltung erstreben. Gegen sie richtet sich die Feindschaft, der Haß, die Verfolgungssucht aller in der bestehenden Ordnung wurzelnden Interessen. An der Praxis, sie in den Augen des Volkes zu verunglimpfen und zu diskreditieren, um sie desto leichter und erfolgreicher bekämpfen zu können, sind außer den öffentlichen Gewaltenteiligen bürgerlichen Berufsstände, Klassen und Parteien mehr oder weniger beteiligt; es gibt im Liberalismus Elemente, die darin den extremen Reaktionen nicht nachstehen.

Die Angriffe gegen die Sozialdemokratie und die organisierte Arbeiterschaft gipfeln seit den Anfängen ihrer Entwicklung in der Beschuldigung, daß ihr Bestreben auf den „gewalttätigen Umsturz“ der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet sei und daß sie nur auf den günstigen Augenblick warten, diese Absicht auszuführen. Daß diese Beschuldigung eine völlig unbegründete ist, darüber kann jeden, dem es ehrlich um die Wahrheit zu tun ist, die ganze Geschichte der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bewegung überzeugend belehren. Man hat die Behauptung der Absicht des „gewalttätigen Umsturzes“ auf die Tatsache zu stützen versucht, daß die Sozialdemokratie sich zu revolutionären Prinzipien bekennet und ihre Aufgabe darin sieht, sich für diese Prinzipien zu betätigen. Schon Laßalle hatte sich im Jahre 1862 in dem wegen „Aufreizung der besitzlosen Klasse gegen die Besitzenden“ in Berlin gemachten Prozeß dieser absurden Forderung zu erwehren. Er sagte seinen Richtern, daß es nicht die Absicht des demokratischen Sozialismus sein könne, dem Proletariat eine Brandfackel in die Hand zu drücken, sondern ihm das Licht der wissenschaftlichen Erkenntnis zu spenden. Einmal und allein in dieser Erkenntnis sei die Quelle allen Fortschritts, aller Verbesserungen in Staat und Gesellschaft zu sehen. Lediglich die Macht, die der Bevölkerungsmehrheit sich widerstellt, den notwendigen Fortschritt zu verhindern sucht, sei es, die „den öffentlichen Frieden einreißt und den Staat auf gewalttätigen Umsturz stellt“. Auch alle anderen großen Vorkämpfer des Proletariats, Karl Marx, Engels usw., alle Führer unserer Partei, unsere Parlamentarier und unsere Organe haben diesen Standpunkt stets mit äußerster Entschiedenheit vertreten. So insbesondere gegenüber dem Sozialistengesetz und der Umsturzgesetzvorlage, in zahlreichen Prozessen usw. Im Leipziger Hochverratsprozeß gegen Bebel und Liebknecht 1873 sagte ersterer: „Wir wollen nicht mit Gewalt, sondern nur mit geistigen Mitteln wirken.“ Und Liebknecht erklärte: „Ein anderer als geistiger Kampf kann unter Menschen nur durch die dringende Notwehr gerechtfertigt werden.“ Alle Tätigkeit der Sozialdemokratie war stets darauf gerichtet, das Eingreifen der rohen Gewalt in die großen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Kämpfe, in den revolutionären, d. h. grundsätzlich ändernden Verlauf der Entwicklung zu verhindern.

Aber die herrschenden Klassen und die „staatsbehaltenden“ Parteien bedürfen der Vorwände von größter Willkürlichkeit und Unmaßhaftigkeit zur Motivierung ihres Bemühens, die naturgemäß stetig fortschreitende und irreführende politische und gewerkschaftliche Organisation und Bewegung des Proletariats zu unterdrücken. Deshalb wiederholten sie immer wieder aufs neue die als Unsinns beziehungsweise als unmöglich geltende Behauptung, daß die Sozialdemokratie den „gewalttätigen Umsturz“ anstrebe, daß sie „die Massen zum Gewaltkampfe erziehen will“, daß die freie gewerkschaftliche Organisation sie in diesem Bestreben unterstütze. Hier ist der Wunsch des Gedankens Vater. Daß es sehr viele „Ordnungspolitiker“ gibt, die nichts schändlicher wünschen, als daß sich eine „große Gelegenheit“ bieten möge, mit der Sozialdemokratie in blutigem Gewaltkampfe abzurechnen, ist eine seit dem Anfang der siebziger Jahre bekannte Tatsache. Da schon haben solche Politiker und staatsbehaltende Organe die Staatsmacht geradezu aufgefordert, nur dreist unter Veragung von Recht und Gesetz die Massen zu Gewaltkämpfen zu provozieren, um die „Syndra der Revolution“ mit einem Schlag zu vernichten, die „der großen Kulturbewegung der Arbeiterklasse ein Ende mit Schreden zu bereiten. Diese Absicht verfolgte u. a. Bismarck mit dem Sozialistengesetz. Ein Anhänger der Politik dieses

Staatsmannes, der freikonservative Abgeordnete Dr. Arndt, führte im September 1898 in der „Täglichen Rundschau“ aus, Bismarck habe sich von der Fortdauer dieses Gesetzes Strahlentämpfe versprochen; er habe „den Rad der datsch beschleunigen“ und so schnell wie möglich gewaltsam eingreifen wollen. Im Jahre 1895 brachten die „Hamburger Nachrichten“ einen Artikel, dessen Verfasser der Sohn des Fürsten Bismarck, Graf Herbert, war. Dieser Artikel rechnete mit der „Notwendigkeit einer gewaltsamen Vernichtung der Sozialdemokratie“; derjenige sei „kein wahrer Freund des Staates, der einer Hinausschiebung dieses Kampfes das Wort redet, denn: „Der sozialdemokratischen Gefahr gegenüber befinden sich Staat und Gesellschaft im Zustande der Notwehr... Wer in der Notwehr zur Waffe greift, kann nicht fragen, ob seine Handlung ein Akt der Gerechtigkeit ist... Man hat uns oft vorgeworfen, daß wir zur Ueberwindung der Sozialdemokratie kein anderes Mittel wüßten, als Blut und Eisen. Ja, wissen denn unsere Gegner ein anderes, das Erfolg verspricht?... Wenn die Sozialdemokratie durch neue Maßregeln nach Art des Sozialistengesetzes zur Verzweiflung getrieben würde und zu einem gewaltsamen Angriff auf Staat und Gesellschaft sich hinreißende ließe, so wären zwar die Opfer sicherlich zu bedauern, aber wenn danach die Sozialdemokratie an der Ausführbarkeit ihrer Utopien schließlich verzweifelte, so würde das doch nur einen Vorteil für das Deutsche Reich sein und jedes Ausnahmengesetz, das zu dieser Entwicklung beitragen könnte, wäre damit allein schon gerechtfertigt.“

Diese Richtung einer geradezu verbrecherischen „staatsbehaltenden“ Politik hat im Laufe der Jahre ganz unzweifelhaft eine erhebliche Stärkung erfahren. Beweis dafür ist u. a. das Verhalten der Reaktionsgewalten und der ihr verbundenen Parteien gegenüber den im Laufe der letzten Jahre von der Sozialdemokratie veranstalteten Kundgebungen für das Wahlrecht. Diese Kundgebungen, besonders die Straßendemonstrationen, wurden hingestellt als Verbrechen, die Massen für den entscheidenden Gewaltkampf einzuprozessieren.“ Da fehlten denn nur die Streikrawalle der letzten Zeit, in Moabit, Bremen usw. Man machte für sie unter demselben elenden Vorwande die Sozialdemokratie und die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation verantwortlich; man sprach von der „Einübung des Proletariats zum Straßenkampf“ und richtete einen demonstrativen Appell an die Kanonen und Bajonette; man argumentierte: wenn die Unterdrückung der Sozialdemokratie und des „gewerkschaftlichen Terrorismus“ nicht mit aller Kraft und mit besserem Erfolg als bisher betrieben werde, so werde die „Anwendung der äußersten Gewalt“ unvermeidlich sein. Man droht mit dem blutigen Gewaltkampfe, mit dem Bürgerkriege, aber nicht, weil man seine Entzündung durch die Sozialdemokratie befürchtet, sondern weil man ihn wünscht als Rettungsmittel gegen die im Geiste der Menschlichkeit nach den Geboten der Vernunft, der Gerechtigkeit und den Gesetzen des Kulturfortschritts sich vollziehende revolutionäre Bewegung des Proletariats. Man weiß ganz genau, daß man diese Bewegung mit Enttötung und Unterdrückung der Arbeiterklasse, mit Ausnahmegeboten gegen sie nicht niederzwingt. Die äußersten Gewaltmaßregeln sollen, so hofft man, die bestehende „Ordnung“ behüten vor dem Schicksal, einer höheren, einer gerechteren Ordnung zu weichen.

Das ist die Quintessenz der Reaktionspolitik im Kampfe gegen die Sozialdemokratie, gegen die Arbeiterbewegung, gegen die Arbeiterklasse, gegen den Kulturfortschritt. Aber es sind bewahrenswerte Toren, die davon die dauernde Erhaltung der bestehenden Ordnung mit ihrer Ungerechtigkeit und ihrem Unheil erhoffen!

### Politische Uebersicht.

#### Konservative Wahlmotive in Labiau-Weßlau.

Für die zur Ueberumpfung der andern Parteien schon auf den 9. Dezember angelegte Stichwahl in Labiau-Weßlau haben die Konservativen versucht, durch allerlei

Die Arbeiten des Tages waren vorüber und die Bewohner standen zum großen Teil vor ihren Türen, um frische Luft zu schnappen. Gondsämliche Hausbesitzer lehten rauchend an den Türpfosten und lauschten über die schmale, mit Koffsteine gepflasterte Straße hinweg, welche ihre kleinen alten Häuser trennte, gegenständig ihre Gedanken aus, während die mehr gefällig veranlagten Frauen in kleinen Gruppen umherliefen und sich über Gegenstände unterhielten, welche in höheren Kreisen besprochen, das Land mit Verleumdungen überhäufelt worden wären. Die Allee hinauf und hinab wanderte ein kleiner Junge, der mit Ausnahme seines Nachhendes völlig zum Zuckergehen fertig war, und wich mechanisch den ihm entgegengetreten, freundlichen Händen aus, da er unglücklich nach seiner Mutter suchte.

Der Gegenstand von Herrn Thieffens Nachforschungen lag vor der Tür seines Vorderzimmers, das nach der Allee hinausging, rauchte eine oberdicke Pfeife und aderte interessiert auf die Tätigkeit seiner Nachbarn. Er bereitete sich gerade vor, sich in seinem Lehnsstuhl aufzurichten, als der Eindringling vorbeifuhr, als dieser zu seinem größten Erstaunen vor ihm Halt machte, seine Hand ergriß und sie inbrünstig schüttelte.

„Wie geht es Ihnen?“ wurde er ladend gefragt.

Herr Wilkens sah ihn verblüfft an, betrat dann seine Hand, und hefte sie zurückwärts in seine Hosentasche.

„Ich hatte die Absicht, schon früher zu kommen“, sprach Thieffen weiter, „aber ich hatte immer so viel zu tun. Wie geht es Ihnen?“

Herr Wilkens, noch immer konterzeilt, murmelte etwas daneben, daß es ihm sehr gut ginge. Dann legte er sich gerade in seinen Stuhl hin, und mürrte seinen Besucher mit argwöhnischen Widen.

„Ich habe mich nach einer Plauderei mit Ihnen über alte Zeiten gefreut“, erwiderte Thieffen, „von allen meinen alten Freunden scheinen Sie sich am wenigsten verändert zu haben. Sie sehen auch nicht um einen Tag älter aus.“

„Na, man wird alt“, meinte Herr Wilkens und versuchte, sich zu erheben, bemerkte aber mit einigem Wohlgefallen, welche Wirkung das Erscheinen seiner elegant gekleideten Bekanntschaft auf seine Nachbarn ausübte.

„Ich wollte Sie um Ihren Rat fragen“, sprach der gewissenlose Thieffen in lieftm Ton. „Ich glaube wohl, Sie wissen, daß ich in einem Firma hier in Weßlau eingetreten bin, und es ist mir gelangt worden, Ihre Ansicht über die Geschäftslage und die Verhältnisse hier in der Stadt Weßlau, als Sie“

Herr Wilkens taute wider seinen Willen auf. Sein Gesicht

schloß Bahmänder das Maßglas auf ihre Seite zu zwingen. Der „Voss. Ztg.“ wird darüber aus Königsberg berichtet.

Die Sozialdemokratie hat bekanntlich aus freien Stücken, nachdem ihr Kandidat Linde aus der Stichwahl ausgefallen ist, beschlossen, den Liberalen Wahlhilfe zu leisten, und die Provinzialparlamentarier hat den zum 15. Dezember fälligen „Landboten“, das sozialdemokratische Organ der Landarbeiter, bereits am 5. Dezember erscheinen lassen, um die sozialdemokratische Wahlparole ihren Lesern mitzuteilen. Im dieser Schlag zu variieren, versuchen die Konserverativen, wie uns aus verbürgter Stelle mitgeteilt wird, in die sozialdemokratische Landarbeiterschaft dadurch Verwirrung einzubringen, daß sie selber unter sie Stimmzettel für den sozialdemokratischen Kandidaten Linde verteilen und ihnen sagen, daß sie Linde wählen müssen. Um die bisherigen liberalen Wähler von der liberalen Fahne absprengt zu machen, wird durch die Flugblätter und durch die vom Landratsamt abhängige Kreispresse die Mär verbreitet, daß der Kandidat der Liberalen sei der Kandidat der Sozialdemokratie geworden. Die Liberalen hätten durch Verweigerung von Gegenleistungen ein förmliches und ausdrückliches Bündnis mit der Sozialdemokratie geschlossen. Die Verbreitung dieser Unwahrheit ist um so verwerflicher, als sowohl Justizrath Gehring, der Provinzialorganist der fortschrittlichen Volkspartei, als auch der sozialdemokratische Kandidat, Parteisekretär Linde, in Verhörungen in dem „Weßlauer Tageblatt“ festgehalten haben, daß keiner von ihnen mit irgend einem Mitgliede der andern Partei weder schriftlich noch mündlich Abmachungen über die Stichwahl getroffen habe. Da dieses Flugblatt erst am Abend vor der Wahl in den späteren Abendstunden verbreitet wird, wird es den Liberalen kaum möglich sein, den ganzen Schwindel und die ganze Unwahrheit der konserverativen Taktik zu widerlegen.

In Labiau-Weßlau (Kreis Weßlau) sind auf dem 9. Dezember die Wähler am Tage vor der Wahl gefragt worden, wie sie wählen würden. 20 Kreuze haben demnach erklärt, daß sie liberal wählen. Am Tage der Wahl sind sie, wie die „Kartungische Ztg.“ schreibt, herab befähigt worden, daß sie gar nicht zur Wahl gehen konnten.

#### Die neue Reichsverbandstimmung.

Die Firma Reichsverband gegen die Sozialdemokratie ist im Laufe der Jahre etwas anständig geworden. Früherzueignis, die den Reichsverband zur Quelle haben, werden auch im bürgerlichen Lager mit einer großen Portion Vorlicht aufgenommen. Deshalb erschienen seit einiger Zeit die „Berichte“ des Reichsverbandes im Verlag von Eisner in Berlin.

In diesem Bericht ist neuerdings wieder eine Probeurteilung erschienen, betitelt: „Die sozialdemokratische Gefahr“, als deren Verfasser ein Dr. Max Loh an zeichnet. Die Probeurteilung ist ganz im Reichsverbandstil abgefaßt; Zeitungsausschnitte, Auszüge aus Schriften usw. mit einer Anzahl Bemerkungen des Verfassers stellen das ganze „Werk“ dar, das zur Vernichtung der Sozialdemokratie beitragen soll.

Nach Ansicht des Verfassers haben in der Befämpfung der Sozialdemokratie sämtliche Reichsminister mit alleiniger Ausnahme von Bismarck verfehlt. Wenn Bismarck sein Werk, die Ueberwindung der Sozialdemokratie, nicht vollenden konnte, so sei daran der Reichstag schuld, der fernerzeit die geforderte Exekution abgelehnt hat. Dem Fürsten Bismarck wird der Vorwurf gemacht, daß er die sozialdemokratische Gefahr überhaupt nicht erkannt habe, daß die Reichsminister lediglich auf eine Befämpfung der Sozialdemokratie hinausgelaufen sei, und daß es von Grund auf ein Fehler war, einen Kampf gegen Sozialdemokratie und Zentrum zugleich führen zu wollen. Es sei übersehen worden, daß das Zentrum wie keine der übrigen Parteien über Kräfte verfüge, die für eine einheitliche, geschlossene und energische Abwehr der Sozialdemokratie nicht entbehrlich werden könnten. Wer die sozialdemokratische Gefahr erkannt habe, der müsse zu allererst eingesehen haben, daß es das gleiche Wahlrecht sei, auf dessen Boden sie gedeiht und ins ungewöhnliche wächst. Diesen Boden habe Herr Bismarck gedingt: Durch die Einführung der Wahlen für die Reichstagsmitglieder und das Versprechen der Wahlrechtsänderung in Preußen. Unter dem gegenwärtigen Kanzler sei der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie gefehlt worden. Die Berliner Regierung gebe erst recht, dann links, erst rechts, dann rechts, dann links. Dem Reichsverbande ist die Behauptung der beherrschenden Organe gegenüber den großen Wahlrechtsdemonstrationen angefallen.

Der Reichsverband werden dann die jüdischen Sozialisten angerechnet, weil sie sich weniger gefällig an der Befämpfung der Sozialdemokratie beteiligen haben. Selbst einige Landesfürsten gehen dabei nicht leer aus, weil sie sich gelegentlich einmal mit Sozialdemokraten unterhalten haben.

In der Hauptsache verlangt der Reichsverband die Befämpfung des gleichen Wahlrechts. Er führt eine Menge von Beispielen aus Reden und Schriften von Vertretern bürgerlicher Parteien an, in denen diese sich gegen das Reichstagswahlrecht erklärt haben. Allerdings liegen diese Aufzeichnungen Jahre zurück, und um erhebt der Reichsverband gegen Konserverative und Nationalliberale offene Vorwürfe, daß sie heute nicht mehr der Mut hätten, sich offen gegen das Reichstagswahlrecht, die Quelle alles Übels, zu erklären.

Es folgt ein sozialistischer Appell, in dem der Reichsverband ein erneuerter Appell gegen die Reichsregierung fast nur noch die Interessen der Arbeiter. Die soziale Reform seit 1890 bedeute die Vergrößerung der

### Hafenstürme.

Roman von W. W. Jacobs.

Herr Thieffen fuhr fort zu arbeiten. Ein großer Haufen lag vor ihm und auch in den Schufläden hatte sich allerlei angesammelt. Eine Zeitung schrieb er unverständlich, aber die Arbeit war eine trockene Sache nach dem Gegenstand, den sie besprochen hatten. Er sah nach seinem Sozia hinüber, und da er bemerkte, daß dieser Herr in eigener Tätigkeit war, eröffnete er die Unterhaltung wieder mit einer Verhörung.

„Alle Jungfern wissen immer am besten, wie man Kinder erzieht“, bemerkte er, „und alle Junggesellen, die das Leben von der Höhe ihrer Erfahrungen herab betrachten, scheinen zu glauben, daß sie am meisten vom Heiraten verstehen.“

„Ich wasche meine Hände in Unschuld“, wiederholte der ältere, „ich lasse mich durch Söhnen nicht bewegen, einem Verwundeten die erste Hilfe zu bringen.“

Der jüngere machte das Gewissen und er verlor seine Geistesgegenwart.

„Wer verurteilt denn, Sie zu verurteilen“, fragte er eifrig. „Ich glaube, Sie würden mich Unheil als Gutes anrichten.“

„Wollte ich ihm einen Verband um den Kopf legen, statt um Herz, wie?“, scherzte Thieffen. „Söhne der Erbsünden? So sagen Sie ja wohl. Nun, ich bin zur Sicherheit da hinausgeleitet.“

„Ihnen müssen ja viele nachgelassen sein“, meinte Thieffen.

„Das stimmt“, erwiderte der andere, „und ich glaube, deshalb interessieren mich diese Dinge auch so. Ich habe hier am Orte so vielen Leuten geholfen, sich zu verheiraten, daß ich mich beinahe fürchte, nach dem Dunkelwerden auszugehen.“

Thieffens Antwort wurde durch den Eintritt des Herrn Eduard Lampe unterbrochen, eines jungen Mannes von hilflosem Aussehen, der in seiner Person die Merkmale eines Boten, Reinnachlers und Lehrlings der Firma vereinigte. Er brachte einige Briefe herein, legte sie auf Herrn Köppens Pult und ging wieder hinaus.

„Das ist noch einer“, sprach Herr Köppen, als die Tür sich geschlossen hatte. „Sein Schmerz ist Amelia Köbel, und es hat ihn mächtig gepackt. Sie ist groß genug, um ihn zu verzeihen, aber ich glaube, sie wird verlobt. In diesem Falle hat es die Bekanntheit getan. Er pflegte umherzugehen wie eine verlorene Blume.“

„Ich habe ziemlich viel zu tun“, unterbrach ihn sein Sozia. Herr Köppen feuerte und machte sich wieder an seine eigene Arbeit. Eine Zeitung schrieb beide Männer schweigend. Dann

[9] (Schluß des Textes)